

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 B - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 18. Dezember 1962

Blatt 2879

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Stadt Wien verwaltet 141.409 Wohnungen
=====

18. Dezember (RK) Am neunten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Glaserer (SPÖ). Er führte aus:

"Bei der Zusammenstellung meines Berichtes habe ich überlegt, ob ich einzelne Probleme des Wiener Wohnungswesens besprechen soll, oder ob es besser ist - weil Sie diese Probleme ohnehin kennen - nur einen Zahlenbericht zu erstatten. Dabei bin ich zur Überzeugung gelangt, daß gerade ich in erster Linie die Pflicht habe, erneut auf den Wohnungsnotstand hinzuweisen, unter dem heute noch immer ein großer Teil der Wiener Bevölkerung leidet.

Die Lage auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat sich trotz größter Anstrengungen unsererseits und sehr beachtlicher Bemühungen auf Seiten der Wohnungsuchenden selbst - noch immer nicht entscheidend gebessert.

Auf dem privaten Sektor werden die Wohnungen nach wie vor nach den Spielregeln einer kapitalistischen Marktwirtschaft vergeben. Das bedeutet, eine solche Wohnung erhält man ausnahmslos nur gegen Bezahlung ungemein hoher - wenn auch gesetzlich verbotener - Ablösen.

./.

Die weitaus größte Zahl der Wohnungsbedürftigen aber ist unbemittelt und daher außerstande, eine solche Wohnung zu erwerben. Sie wenden sich dann als letzten Ausweg an den Magistrat unserer Stadt, an die Gemeinde.

Der gemeindeeigene Sektor aber ist viel zu klein, um so helfen zu können, wie es notwendig wäre. Das habe ich seit dem Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes immer wieder gesagt und habe auch immer wieder hinzugefügt, wie notwendig eine gesetzliche Regelung wäre. Mindestens eine gesetzliche Regelung, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.

Es gibt zwar keine Statistik, die die große Zahl von zweckentfremdeten Wohnungen aufzeigen würde. Aber im Zusammenhang mit den Volkszählungen 1951 und 1961 wurde auch eine Wohnungszählung durchgeführt und diese gibt schon einigen Aufschluß über die Zweckentfremdung von Wohnungen.

Tausende zweckentfremdete Wohnungen

Im Jahre 1951 wurden 614.078 Wohnungen gezählt. Von 1951 bis 1961 entstanden in unserer Stadt 102.467 neue Wohnungen. Der Substanzverlust in der gleichen Zeit beträgt 8.802 Wohnungen, demnach müßte eine Vermehrung um 93.665 Wohnungen aufscheinen. Die Statistik 1961 müßte also einen Stand von 707.743 Wohnungen ausweisen. Tatsächlich weist die Statistik aber nur einen Stand von 675.774 Wohnungen aus. Die Differenz beträgt fast 32.000 Wohnungen.

Nun möchte ich gar nicht behaupten, daß dies die genaue Zahl der zweckentfremdeten Wohnungen ist. Sicher wurden 1951 noch viele Notquartiere als Wohnung gezählt, die 1961 nicht mehr aufscheinen.

Unsere Zuweisungsstatistik in diesen Jahren weist mehr als 10.000 solcher Absiedlungen aus Notquartieren aus. Berücksichtigt man dies und berücksichtigt man auch noch eventuelle Fehler - wie sie in jeder Statistik vorkommen - so bleiben noch immer viele tausende Wohnungen, die in Büro- und Geschäftsräume, in Werkstätten, Magazine und dergleichen umgewandelt wurden und die gerade in den kommenden Jahren so notwendig gebraucht würden. Denn die geburtenstarken Jahrgänge von 1939 bis 1944 kommen jetzt in das heiratsfähige Alter.

In diesen Jahren bewegte sich die Zahl der Lebendgeburten zwischen 26.000 und mehr als 30.000. Ein Teil dieser Jahrgänge ist bereits verheiratet und begehrt mit viel Nachdruck eine eigene Wohnung. Verständlich, weil die elterliche Wohnung meist ohnehin überbelegt ist. Dazu kommt hoch, daß wir sicher aus dem gleichen Grund auch noch mit einer verstärkten Zuwanderung aus den Bundesländern zu rechnen haben.

Wohnungen für junge Ehepaare

Was wir für diese jungen Ehepaare tun können, haben wir bisher getan und werden es auch in Zukunft so halten.

Von der Zahl der uns in diesem Jahr zur Verfügung gestandenen Wohnungen haben wir wieder nicht weniger als 42 Prozent an junge Ehepaare - beide Teile unter 35 Jahre - vergeben. Damit ist bewiesen, daß der hohe Prozentsatz des Vorjahres - 43 Prozent - kein Zufallsergebnis ist.

Und immer wieder muß man zur Feststellung kommen, der gemeindeeigene Sektor ist viel zu klein, er reicht nicht einmal, um das Notwendigste befriedigend lösen zu können.

Ein anderes Problem sind die für unsere alten und oft kranken Menschen zu hoch gelegenen Wohnungen. Dasselbe gilt für Körperbehinderte, an schweren Krankheiten Leidende usw.

Qualitative Wohnungsnot

Und wieder ein anderes Problem, mit dem ich mich jedes Jahr noch beschäftigt habe, ist unser qualitativer Notstand. Dieser ist bekanntlich zahlenmäßig noch viel größer, denn er ist bei den 250.000, in der sogenannten Gründerzeit errichteten, Wohnungen gegeben. Wohnungen, die fast ausnahmslos alles entbehren, was man heute billigerweise von einer Wohnung verlangen darf.

Die Magistratsabteilung 50 hat in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres mit den zur Verfügung stehenden Wohnungen in 5.490 Fällen helfen können.

Es konnten berücksichtigt werden: 1.085 Familien aus ein-sturzgefährdeten Wohnungen, Mieter aus freizumachenden Objekten (Assanierung und Bauvorhaben der Gemeinde Wien),

384 obdachlose Familien aus städtischen Herbergen, Baracken, Schrebergärten und sonstigen Notunterkünften,
377 von Obdachlosigkeit bedrohte Familien,
72 Fälle wegen offener Tbc (Räumungsauftrag des Gesundheitsamtes),
1.398 Familien aus überbelegten Wohnungen,
559 Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen,
103 Ehepaare, die in Ermangelung einer eigenen Wohnung keinen gemeinsamen Haushalt führen konnten,
1.426 Fälle wegen sozialen Notstandes,
58 alte Ehepaare und alleinstehende Personen, die eine große Wohnung gegen eine kleinere wechselten,
28 Ordinationswohnungen.

Die soziale Stellung der Wohnwerber: 497 Bundesangestellte, 541 Gemeindeangestellte, 961 Pensionisten und Rentner, 2.277 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 882 Angestellte in der Privatwirtschaft, 332 Freie Berufe und Selbständige.

30.598 Wohnungsuchende

Am 30. November 1962 standen noch 30.598 wohnungsuchende Familien in Vormerkung.

Es waren vorgemerkt wegen: Einsturzgefahr ihrer Wohnung 818, bestehender Obdachlosigkeit 2.452, drohender Delogierung 3.372, schwerer Gesundheitsgefährdung 175, wegen Überbelages ihrer Wohnungen 15.727, wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen 6.896 und wegen getrennten Haushaltes 1.158.

Ein Vergleich mit der entsprechenden Ziffer des Jahres 1961 zeigt, daß die Zahl der Vorgemerkten nicht wesentlich abgenommen hat, obwohl heuer im Laufe der Berichtszeit wieder 2.683 in Vormerkung gestandene Wohnungswerber aus der Evidenz ausgeschieden wurden, weil diese Bewerber eine Wohnung in Hauptmiete bezogen hatten oder von Wien weggezogen sind.

Die zweite Abteilung der Geschäftsgruppe IX, die Magistratsabteilung 52, gliedert sich bekanntlich in die Gruppe Wohnhäuser, Herbergen für Obdachlose, Amtshäuser und Siedlungs- und Kleingartenwesen.

141.409 Gemeindewohnungen

Mit Stichtag 30. November 1962 verwaltet die Gruppe Wohnhäuser 148.425 Mietobjekte. Diese teilen sich auf in 141.409 Wohnungen und 7.016 Geschäftsräume.

Der effektive Zuwachs seit 1. Jänner bis 30. November beträgt 3.200 Wohnungen und 116 Geschäftsräume.

Die städtischen Neubauwohnungen sind alle mit der sogenannten besseren Ausstattung versehen, sodaß mit Ende November 1962 insgesamt 49.335 Wohnungen in städtischen Wohnhäusern ein komplettes Bad aufweisen. 11.915 dieser Wohnungen sind mit einer Badewanne ausgestattet. Es sind also 35 Prozent der städtischen Wohnungen mit einer von Haus aus installierten Brausenische oder einem Badezimmer ausgestattet.

Die Zahl der in den städtischen Wohnhäusern eingebauten Aufzüge hat sich im Laufe der Berichtszeit auf 737 Aufzüge erhöht.

Aber nicht nur in den Neubauten werden, soweit dies die Geschoßanzahl erfordert, Aufzüge eingebaut, sondern auch in den schon bestehenden Häusern wird nach Maßgabe der technischen Möglichkeit und der zur Verfügung stehenden Budgetmittel der Einbau von Aufzügen durchgeführt.

Im Jahre 1962 wurde der Einbau von 14 solcher Aufzüge vorgenommen. Für das kommende Jahr stehen hiezu neuerlich vier Millionen Schilling zur Verfügung.

Der Einbau von Aufzügen in schon bestehenden älteren Wohnhausanlagen wird besonders von den in den höher gelegenen Wohnungen befindlichen alten Leuten als große Wohltat empfunden; enthebt sie doch der Einbau eines Aufzuges der Sorge, am Lebensabend noch einen Wohnungswechsel in eine tiefer gelegene Wohnung vornehmen zu müssen.

1.584 zentralgeheizte Wohnungen

Die Zahl der mit Zentralheizung ausgestatteten Wohnungen hat sich bis 30. November auf 1.584 Wohnungen erhöht. Hier wären die in Entstehung begriffene große Wohnhausanlage Am Eisenstadtplatz und die im Montagebauverfahren entstehenden Wohnungen an der Erzherzog Karl-Straße hervorzuheben.

Zu Beginn des heurigen Jahres waren in den städtischen Wohnhausanlagen insgesamt 2.978 maschinell eingerichtete Kleinwaschküchen vorhanden, von denen 750 mit kohlenbeheizten, 2.223 mit gasbeheizten und fünf mit elektrisch beheizten Einrichtungen versehen waren. Hiervon wurden 219 kohlenbeheizte Waschmaschinen durch gasbeheizte ersetzt.

Im Jahre 1963 wird die Auswechslung der kohlenbeheizten Waschmaschinen der Type "Blanka" weiter fortgesetzt, da diese laufend unwirtschaftliche Reparaturen erfordern und nicht annähernd den modernen Waschmaschinen gleichzusetzen sind.

Ab 1963 werden in den Waschküchen der städtischen Wohnhausneubauten gasbeheizte Waschautomaten statt halbautomatischer Waschmaschinen aufgestellt. Die Waschautomaten führen das jeweils gewählte Programm ohne jegliche Überwachung selbsttätig durch, weshalb es den Hausfrauen möglich ist, auch während der Waschzeit nach den Kindern und dem Haushalt zu sehen.

70 Millionen für Instandsetzungen

Bezüglich der Erhaltung der städtischen Wohnhausanlagen muß die schon im Vorjahr gemachte Feststellung, daß die Obsorge, welche die Mieter den Wohnobjekten und Wegen, den Kinderspielflächen und Grünanlagen, den maschinellen Waschküchen und Aufzügen angedeihen lassen, noch immer zu wünschen übrig läßt. Dadurch entsteht auch ein größerer Aufwand für die Erhaltung.

Auch im kommenden Jahr wird wiederum eine große Zahl von Wohnhäusern instandgesetzt werden. Der Voranschlag weist zu diesem Zweck 70 Millionen Schilling aus. Insbesondere wird die Erneuerung elektrischer Ring- und Steigleitungen, die im Jahre 1962 in 31 Wohnhausanlagen mit 264 Stiegenhäusern durchgeführt wurde, weiter fortgesetzt. Viele dieser alten Leitungen reichen infolge der zahlreich in Verwendung stehenden Elektrogeräte nicht mehr aus, den erhöhten Strombedarf zu decken.

Für die gärtnerische Instandhaltung der in den städtischen Wohnhausanlagen und Wohnsiedlungen geschaffenen Gartenanlagen, die ein Gesamtausmaß von rund 2,5 Millionen Quadratmeter aufweisen, sind für das Jahr 1963 4,5 Millionen Schilling notwendig.

Derzeit werden unsere städtischen Wohnhausanlagen von 3.345 Hausbesorgern betreut.

Herbergen für Obdachlose

Eine Gegenüberstellung der in den vier Heimen im Jahre 1962 erfolgten Zahl der Nächtigungen zeigt gegenüber den im gleichen Zeitraum des Jahres 1961 stattgefundenen Nächtigungen keine wesentlichen Änderungen.

Im Jahre 1963 werden in den vier Heimen verschiedene Instandsetzungsarbeiten an den Heizanlagen, den Elektroinstallationen, den sanitären Anlagen sowie den Hausfassaden zur Durchführung kommen. Hierzu ist ein Betrag von einer Million Schilling veranschlagt.

Amtshäuserverwaltung

Mit Stichtag 30. November 1962 werden von der Gruppe Amtshäuser insgesamt 135 Objekte verwaltet. Von diesen befinden sich 128 in Wien und sieben außerhalb Wiens.

Außerdem wird noch ein Objekt außerhalb Wiens, das Eigentum der Republik Österreich ist, treuhändig verwaltet. Es handelt sich um das Kindererholungsheim Lehenhof in Neustift bei Scheibbs, Niederösterreich.

Siedlungs- und Kleingartenwesen

Am 31. Dezember 1961 waren 5,351.178 Quadratmeter Bauland für Baurechtzwecke in Bestand gegeben. Die Vermietung im Jahre 1962 beträgt 60.161 Quadratmeter, sodaß derzeit 5,411.339 Quadratmeter durch Bauberechtigte genützt sind. Außerdem wurde die bereits 1961 begonnene Aktion der "Umwandlung" der in den Stadtrandsiedlungen bestehenden Bestandrechte in Baurechte fortgesetzt. Die Stadtrandsiedlungen Hirschstetten und Neustrassäcker mit mehr als 60.000 Quadratmeter sind nunmehr Baurechtssiedlungen geworden.

6,217.437 Quadratmeter städtischen Bodens werden kleingärtnerisch genützt.

Die Liquidierung des Erntelandes schreitet nur langsam weiter. Die am 31. Dezember 1961 von der Siedlungsgruppe der Magistratsabteilung 52 betreuten 627.300 Quadratmeter Ernteland verringerten sich im Berichtsjahr durch notwendige Freimachungen für Wohnbauprogramm, Straßenbau, Transaktionen etc. auf 617.500 Quadratmeter erntelandmäßig genutzter Flächen, davon 532.500 Quadratmeter städtischer und 85.000 Quadratmeter privater Grund. ./.

Dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wurde zwecks Darlehensgewährung an Kleingartenvereine für Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsanlagen ein Rahmenkredit von 200.000 Schilling eingeräumt. Der gleiche Betrag ist auch im neuen Voranschlag präliminiert.

Durch einen dem Österreichischen Siedlerverband eingeräumten Rahmenkredit von 600.000 Schilling, der durch einen außerordentlichen Zuschuß auf 800.000 Schilling erhöht wurde, konnten bedürftigen Siedlern Fertigstellungskredite und Siedlervereinen für Neuanschaffung, Erneuerung und Instandhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen Darlehen gegen einen mäßigen Zinsfuß gewährt werden. Besonders die Gewährung von Fertigstellungskrediten wirkt sich seit Jahren im günstigen Sinne aus.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Straßenbahn - Fahrpreis zu Weihnachten und Neujahr
=====

18. Dezember (RK) Am Dienstag, dem 25. (Christtag), und Mittwoch, dem 26. Dezember (Stephanitag), sowie am Dienstag, dem 1. Jänner (Neujahr), gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 5.50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse-Mödling" bzw. "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Die Kurz- und Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesem Tage ungültig.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 3 Schilling-Fahrtschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Autobus-Anschlußlinien der 3 Schilling-Fahrtschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Montag, dem 24. Dezember, von 6 bis 14 Uhr und am Dienstag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Dienstag, dem 25. und Mittwoch, dem 26. Dezember bleiben sie geschlossen. Am Montag, dem 31. Dezember sind alle Vorverkaufsstellen ganztägig geöffnet.

Die Kartenausgabekasse Wien 6, Rahlgasse 3 ist an den Sonn- und Feiertagen und am Montag, dem 24. Dezember geschlossen, am Montag, dem 31. Dezember von 8 bis 15 Uhr geöffnet.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Mittwoch, den 9. Jänner statt.

- - -

Personalmeldungen

=====

18. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Riemer hat heute der Wiener Stadtsenat Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Wilhelm Jank (Gaswerke) in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen. Obermagistratsrat Dr. Herbert Sederl (Stadtschulrat) wurde in die Dienstklasse VII befördert. Magistratsrat Dr. Franziskus Vasatko (Verkehrsbetriebe) wurde zum Obermagistratsrat befördert.

- - -

Freie Arztstelle

=====

18. Dezember (RK) Im Krankenhaus der Stadt Wien-Lainz wird eine Assistentenstelle an der 1. Medizinischen Abteilung besetzt.

Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner 1963 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, Zimmer 345, zu richten.

- - -

Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen

=====

18. Dezember (RK) Wie bereits in den vergangenen Jahren werden auch heuer von der Gemeinde Wien in einigen Bezirken am 24. und 31. Dezember einige Pensionistenklubs für einsame Menschen offen gehalten. Sie sind auch allen jenen frei zugänglich, die sonst nicht zu ihren Besuchern gehören.

Es werden am Heiligen Abend die Pensionistenklubs 7, Kaiserstraße 38 (von 15 bis 19 Uhr), 8, Bennoplatz 1 a (von 16 bis 20 Uhr), 13, Kinderfreundeheim Waldvogelstraße 10-14, Ersatzlokal für die Pensionistenklubs des 13. Bezirkes, (von 16 bis 20 Uhr), 15, Staglgasse 5 (von 16 bis 20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (von 16 bis 20 Uhr), 22, Erzherzog Karl-Straße 65 (von 16 bis 19 Uhr), 23, Liesing, Breitenfurter Straße 358 (von 16 bis 20 Uhr); und am Silvester die Pensionistenklubs 7, Kaiserstraße 38 (von 15 bis 19 Uhr), 7, Zieglergasse 18 (von 15 bis 19 Uhr), 8, Bennoplatz 1 a (von 16 bis 20 Uhr), 15, Staglgasse 5 (von 16 bis 20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (von 16 bis 20 Uhr), 23, Liesing, Breitenfurter Straße 358 (von 16 bis 20 Uhr) offen sein.

- - -

Neufestsetzung der Pflegegebühren für die Krankenanstalten
=====

18. Dezember (RK) In Vertretung von Stadtrat Dr. Glück beantragte Stadtrat Schwaiger heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung eine Neufestsetzung der Pflegegebühren für die Krankenanstalten der Stadt Wien. Die Pflegegebühren sind zuletzt am 15. September 1960 erhöht worden und betragen seither in der Allgemeinen Gebührenklasse 100 Schilling, in der Zweiten Klasse 130 Schilling und in der Ersten Klasse 160 Schilling pro Kopf und Pflage-tag. Die Pflegegebühren werden nun mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1963 folgendermaßen festgesetzt: Allgemeine Gebührenklasse 110 Schilling, Zweite Klasse 145 Schilling, Erste Klasse 180 Schilling.

Stadtrat Schwaiger erklärte in der Begründung des Antrages, daß sich in der Zwischenzeit die Arznei- und Pflegeerefordernisse, die Personallasten und die Lebensmittelkosten erhöht haben. Der Voranschlag für das Jahr 1963 sieht für die Wiener städtischen Krankenanstalten Ausgaben von 621,6 Millionen Schilling vor. In dieser Summe sind die Ausgaben für Investitionen, die Personallasten und der 15prozentige Klinische Mehraufwand nicht enthalten. Bei 3,869.000 angenommenen Pflage-tagen ergibt dies pro Kopf und Tag einen Kostenaufwand von 160.67 Schilling. Eine Teilnachziehung der Einnahmen an die betriebsnotwendigen Ausgaben ist somit unaufschiebbar geworden.

Mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger sind Verhandlungen über die Erhöhung des Pflegegebühreneersatzes, der seit 1. Jänner 1962 80 Schilling pro Kopf und Tag beträgt, aufgenommen worden.

Die Wiener Landesregierung hat dem Antrag zugestimmt.

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Aus der Debatte über das Wohnungswesen

GR. Hausner (KLS) erinnert an die Versprechungen maßgebender Funktionäre der beiden großen Parteien, die Wohnungsnot zu beseitigen. Keine Partei habe aber bisher Anstrengungen unternommen, damit der herrschende Zustand auch wirklich beseitigt wird. 96.000 Wohnungen stehen in Österreich leer, die Baukosten und die Bodenpreise sind gestiegen und die Spekulation hat zugenommen. Die ÖVP strebt offen die freie Marktwirtschaft auch im Wohnungswesen an. Dabei wäre es möglich gewesen, das Wohnungsanforderungsgesetz zu halten, wenn die SPÖ nicht gegenüber den Mietern versagt hätte.

Der Redner wirft den Sozialisten vor, daß sie von ihren ursprünglichen Prinzipien sehr wesentlich abgewichen sind. Stadtrat Glaserer hat erklärt, die Zustände seien unhaltbar und es müsse etwas geschehen. Aber was wird geschehen? Es gibt Verhandlungen zwischen der SPÖ und der ÖVP wegen des Paragraph 7 über eine Mietzinserhöhung!

Es ist zu hoffen, daß das Ziel der ÖVP, den Mietzins auf fünf Schilling zu erhöhen, nicht erreicht wird. Eine Erhöhung auf 2 oder 2.50 Schilling würde jedoch ebenfalls mehr als eine Verdoppelung des Mietzinses bedeuten, was für einen großen Teil der Bevölkerung eine schwere Belastung wäre. Gegen eine derartige Wohnungspolitik müßte man entschieden eintreten. Die Gemeinde Wien sei bereits vor Jahren von der Politik vor 1934 abgegangen, als sie außer dem einem Prozent Instandhaltungszins noch ein Prozent für Wertabschreibung eingeführt hat. Nun hat man vor einigen Tagen in den städtischen Wohnhäusern angeschlagen, daß die Betriebskosten auf 70 Groschen pro Quadratmeter erhöht werden. Diese Verfügung wurde getroffen, ohne Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Geprüft müßten alle Möglichkeiten werden, um das Leerstehen von Privatwohnungen zu verhindern. Eine Besteuerung dieser Wohnungen könnte hier sicherlich Abhilfe schaffen. Jungen Ehepaaren ist es heute oft unmöglich zu einer Wohnung zu kommen, da sie weder die hohen Ablösen, noch 40.000 bis 60.000 Schilling für

eine Genossenschaftswohnung bezahlen können. Eine Gemeindewohnung ist für sie in den meisten Fällen aber unerreichbar. Gesundheitsschädliche Wohnungen müßten als solche gekennzeichnet werden, damit sie nicht in Unkenntnis der Sachlage immer wieder von Familien bezogen werden.

Bei der Wohnungsvergebung müßte eine Form gefunden werden, die dem Prinzip der gerechten Verteilung am nächsten kommt. Eine strengere Qualifizierung würde den Eindruck in der Bevölkerung zum Verschwinden bringen, daß hier willkürlich vorgegangen wird. Heute kommt es immer wieder vor, daß Familien jahrelang obdachlos sind, andere, weniger Bedürftige, aber Gemeindewohnungen bekommen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß es unbedingt wieder zur Einführung des Wohnungsanforderungsgesetzes kommen müsse, ferner zur Schaffung eines Reparaturfonds und vor allem zur Forcierung des Baues von billigen Wohnungen in größerem Ausmaß. Die Verteilung der Wohnungen müßte nach der Bedürftigkeit und unter öffentlicher Kontrolle erfolgen. Die Untermieter müßten einen Schutz gegen den Zinswucher erhalten. Weil all diesen Problemen nach Ansicht des Redners nicht das entsprechende Augenmerk zugewendet wurde, könnte die KLS-Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt zu den Ausführungen von Stadtrat Glaserer, daß sich darin getreu das Bild der Unfähigkeit der Koalition spiegle. Leerstehende Wohnungen und Wucherablösen, sagt er, das sind die Sumpflüten dieser Politik. Die Verhältnisse auf dem Wohnungssektor erinnern an die Schleichhandelmethode des einstigen Resselparkes. Es kann von keiner Preiswirtschaft die Rede sein, wenn die Preise, wie jetzt auf dem Wohnungsmarkt, künstlich niedergehalten werden. Seiner Meinung nach gibt es nur zwei Möglichkeiten; eine dirigistische Wirtschaft oder die freie Zinsbildung. Wir haben weder die eine noch die zweite Möglichkeit, sondern ein chaotisches Misch-Masch-System. Unter diesen Umständen leidet unser Wohnungsmarkt an ökonomischen Kreislaufstörungen, die im Hinblick auf die bevorstehende europäische Integration immer besorgniserregender werden.

Seiner Meinung nach könnte auch ein Wohnungsanforderungsgesetz eine gut funktionierende Wohnungswirtschaft nicht ersetzen. Wir haben so ein Gesetz schon gehabt, eine fühlbare Erleichterung der Wohnungsnot ist dennoch nicht eingetreten. Jedenfalls haben wir von den Koalitionsparteien bis jetzt noch von keinem geeigneten Rezept für die Lösung der Wohnungsmisere gehört. Eine Lösung der Mietzinsfrage durch eine - wie man hört - vierfache Erhöhung der Mieten, erklärt der Redner, kann ebenfalls keine Lösung sein.

Als eine wichtige Voraussetzung für eine Gesundung im Wohnungswesen wäre eine Sichtung und Neubewertung des gesamten Wohnungsbestandes, wie man es in den westlichen Ländern getan hat. In diesem Zusammenhang bezeichnet er die sozial gestaffelten Mietzinsbeihilfen als sehr empfehlenswert. Seiner Ansicht nach müßte man von der jetzigen Art der Wohnungsbeihilfen, die er als stupid bezeichnet, Abstand nehmen. Auf einen Zwischenruf, wie sich die Freiheitlichen eine Änderung in dieser Angelegenheit vorstellen, erklärt er, seine Partei hätte wenigstens einen Anfang getan (Zwischenruf GR. Windisch (SPÖ): Nur brauchen sie dazu einen Auftrag der Bevölkerung!)

GR. Dr. Schmidt meint, daß nach der jetzigen Situation der Amtsführende Stadtrat für das Wohnungswesen auch noch nach zehn Jahren vor demselben Problem stehen wird, wie er die 4000 vorhandenen Gemeindewohnungen verteilen soll. Der Redner ist der Ansicht, daß die jetzigen Zuweisungsmethoden einer Reform bedürfen und daß unter anderem auch die finanzielle Leistungskraft der Wohnungswerber zu berücksichtigen wäre, umso mehr, da der soziale Wohnungsbau vor allem für die sozial Schwachen da ist. Er setzt sich dafür ein, man möge für junge Paare, die heiraten wollen und derzeit keine Möglichkeit für eine Vormerkung haben, Erleichterungen schaffen. Der Redner verweist auf Gerüchte, wonach auch Gemeindewohnungen leerstehen, oder unterbelegt sind, und verlarzt zu wissen, wieviele solche Gemeindewohnungen es gibt. Zur Frage der Wohnungszuweisungen an Krankenpflegerinnen verweist er auf eine mangelnde Koordinierung zwischen Wohnungsamt, Gesundheitsamt und den Baubehörden. Er begrüßt die Erhöhung der Dotierungen für die Obdachlosenheime

und regt an, man möge in der Nähe dieser Heime mehr Kinderspielplätze errichten.

Die Wohnungsvergabe, sagt er, wird nach wie vor von der Bevölkerung kritisiert. In einer Zeitung war zu lesen, daß dem Stadtrat sogar eine Benachteiligung der Sozialisten bei den Wohnungszuweisungen vorgeworfen wurde. Der Redner ist der Ansicht, daß die Sozialisten keinen Grund zu solchen Beschwerden haben. Er bemängelt, daß der Gemeinderat, der sonst jeden Beitrag zu beschließen hat, über die abgeschlossenen Mietverträge für städtische Wohnungen mit keinem Wort informiert wird.

Abschließend erklärte er, daß die FPÖ-Fraktion den Ansuchen der Geschäftsgruppe IX keine Zustimmung erteilen wird.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) befaßt sich mit den Obdachlosenheimen. Sie führt aus, es gäbe vor allem in den Familien- und Frauenheimen sehr viele Fälle, die längst herausgenommen hätten werden müssen. Die Kosten betragen pro Woche 14 Schilling, dazu kämen Ausgaben für verschiedene Dienstleistungen, sodaß sich ein Bett auf monatlich 120 Schilling stelle. Es herrsche dort strenge Disziplin, die Leute müssen ab 10 Uhr im Bett liegen, das Licht müsse abgedreht sein und das Fenster offen. Dabei werde pro Bett und Tag nur ein Brikett zur Verfügung gestellt. Bei der Einweisung werde eine Untersuchung wegen Tbc-Gefährdung durchgeführt, später nicht mehr, obwohl schwere Fälle dort sind. Gerade im Frauenheim gebe es alleinstehende Frauen, die durch eine unglückselige Mietengeschichte ihre Hauptmietwohnung verloren haben oder immer in Untermiete gelebt haben. Diese sollten bei der Vergabe von Altgemeindewohnungen berücksichtigt werden. Die Rednerin regt an, eine Bücherei einzurichten oder ein Zimmer, in dem Ferngesehen werden kann. Im Heim in der Kastanienallee gebe es noch eine Gruppe von Familien, die besonders berücksichtigungswürdig sind, nämlich österreichische Staatsbürger, die aus Ostdeutschland wieder nach Österreich zurückgewandert sind. Die Rednerin regt an, Alleinstehende, soweit es möglich ist, im Pensionistenheim unterzubringen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) begrüßt es, daß Redner aller Fraktionen betonen, die öffentliche Hand hätte zu bauen, zum Teil

sogar der Auffassung sei, daß zuwenig gebaut werde. Hier zeige sich ein gewaltiger Wandel in der Einstellung zu den Aufgaben der öffentlichen Hand. Der Wohnhausbau sei keineswegs mehr eine Domäne der Privatinitiative. Es sei eine selbstverständliche, natürliche Entwicklung, daß die öffentliche Hand baut, weil es zu den Aufgaben der menschlichen Gesellschaft gehört, der breiten Masse der Bevölkerung, besonders dem wirtschaftlich Schwachen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Ansicht der ÖVP, die Wohnungswirtschaft dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, würde bald zur alten Hausherrnparole führen: Zusammenrücken, dann wird Platz genug sein! Diese Parole haben wir längst überwunden! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Diskussion um die Lösung des Wohnungsproblems konzentrierte sich in Wirklichkeit auf die Vergabe des Wohnraumes. Von den 30.000 vorgemerkten Wohnungssuchern entfallen 25 Prozent auf quantitativen Notstand und 75 Prozent auf qualitativen. Der qualitative Notstand sei auf einen Entwicklungsprozeß zurückzuführen, der in Wien bereits seit Jahrzehnten im Gange ist. Die Menschen haben heute den Eindruck, es sei Aufgabe der öffentlichen Hand, ihnen bei der Beschaffung des entsprechenden Wohnraumes zu helfen. Dieses Bewußtsein ist in der Bevölkerung ausgeprägter als die Möglichkeiten, die wir besitzen. Durch das Gefühl des Bürgers, die Gemeinde habe zu helfen, wandelt sich die Rechtsnatur, der Charakter der Wohnung, die Wohnung verliert den Charakter einer Ware.

Der Wohnraum in den Privathäusern ist zur Behebung des qualitativen Notstandes nur wenig geeignet, wir könnten damit aber wenigstens den quantitativen Notstand lindern. 48 Prozent des von der Gemeinde Wien im Jahre 1962 geschaffenen Wohnraumes ging für den quantitativen Notstand verloren, weil wir keine andere Möglichkeit hatten. Dadurch wird das ehrliche und wirkliche Wollen der Gemeinde, dem qualitativen Notstand beizukommen, verfälscht.

Von den Wohnungen, die auf dem Privatsektor frei werden, werden nur sehr wenig an Wohnungswerber vergeben, die bei der Gemeinde Wien vorgemerkt sind. 25.000 bis 30.000 Wohnungen stehen leer, weil sie auf den Bestbieter warten.

Der Realbesitz stelle eine gute Vermögensanlage dar, da der

Wert bedeutend stärker gestiegen sei als der Preis des Goldes. So wie eine Wandlung in der Ansicht über den Bau der Wohnhäuser eingetreten sei, werde sich auch der Charakter des Wohnraumes ändern, der Wohnraum werde zu einer Agende des öffentlichen Rechtes werden. Die Gemeinde werde in die Lage versetzt werden müssen, über den gesamten Wohnraum zu verfügen.

Zur Lösung des Wohnungsproblemles fordern die Sozialisten:

1. Die Schaffung eines Grund- und Bodenbeschaffungsgesetzes und eines Assanierungsgesetzes (Beifall bei der SPÖ). Es sei unmöglich, daß die Gemeinde Wien Steuergelder für die überhöhten Forderungen der Bodenspekulanten hinauswerfen müsse.
2. Die Schaffung eines Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes, das die Gemeinde in die Lage versetzt, über den gesamten Wohnraum zu verfügen.
3. Die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds, der die Härten der Zinsgestaltung in den Althäusern beseitigt und der Erhaltung des Hausbestandes dienen, der aber nicht die Bodenrente verbessern soll. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Wohnungsvergabe: Es wurde bereits während der Budgetdebatten der vergangenen Jahre festgestellt, daß man sich gegen eine Kontrolle der Wohnungsvergabe durch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses IX nie gewehrt habe. Die Bildung einer Kommission unter Vorsitz eines Richters zur Wohnungsvergabe würde kaum ein Ausweg sein, da man auch dieser Kommission bald Protektionismus vorwerfen würde. Solange es 30.000 bis 50.000 Menschen in gesundheitsschädlichen oder überbelegten Wohnungen gibt, die nicht alle zum gleichen Zeitpunkt versorgt werden können, wird sich der eine dem anderen gegenüber immer benachteiligt fühlen. Durch die Schaffung einer derartigen Kommission würde kein neuer Wohnraum geschaffen und man daher der Lösung des Wohnungsproblemles keinen Schritt näherkommen.

Abschließend stellt GR. Dr. Bohmann fest, daß der Standpunkt der Sozialisten zur Lösung des Wohnungsproblemles seit Jahren der gleiche ist. Lösen wir die Wohnungen aus der Privatrechtssphäre, bringen wir sie vielmehr in die Sphäre des öffentlichen Rechtes mit allen ihren Konsequenzen und wir werden in diesem Prozeß, der Hand in Hand mit der Entwicklung des

Wohlfahrtsstaates geht, zu einer Lösung kommen. Diese Entwicklung sei unaufhaltsam. Die Sozialisten werden den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX die Zustimmung erteilen.

GR. Wagner (ÖVP) stellt fest, daß selbstverständlich die Wohnungsfrage im Vordergrund dieser Geschäftsgruppe steht. Man darf aber darüber ein gleichfalls schwieriges Problem, die Frage des Siedlungs- und Kleingartenwesens nicht vergessen. Als vor mehr als hundert Jahren der Leipziger Orthopäde Dr. Schreiber die ersten Schrebergärten anlegte, wurde er ausgelacht. Die Idee fand aber in der Folgezeit eine große Ausbreitung, die in Notzeiten wirtschaftlicher Natur war, heute aber im Streben der Menschen nach Erholung im Grünen zu suchen ist. Einige Zahlen zeigen die Entwicklung auf diesem Gebiet während der Jahre 1955 bis 1961. 1955 hatten die Kleingärten ein Ausmaß von 5,891.929 Quadratmeter, 1961 waren es 6,186.280 Quadratmeter. Von diesen Flächen befanden sich 1955 2,541.400 Quadratmeter und 1961 3,882.513 Quadratmeter in Kleingartengebieten, 1955 3,350.529, 1961 2,303.767 Quadratmeter in Wohngebieten. Die Abnahme der Kleingärtenflächen in Wohngebieten ist vorwiegend auf die fortschreitende Verbauung zurückzuführen. Stark ist der Rückgang bei den Erntelandflächen. Die Grundflächen, die heute für Kleingärten, Ernteland und Siedlervereine zur Verfügung stehen, haben ein Ausmaß, das den Bezirken 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 entspricht. Aus dieser Tatsache kann man ersehen, welche respektable Größe die Kleingarten- und Siedlungsanlagen haben und wie stark der Siedlungswille unserer Bevölkerung ist. Dieser Siedlungswille müßte endlich in die richtige Bahn gelenkt werden. Dadurch könnte man in vielen Fällen auch das wilde Siedeln verhindern. Den Besitzern von Schrebergärten in Wohngebieten müßte die Möglichkeit geboten werden, unter Bereitstellung entsprechender Darlehen und von Baurechtsgründen auf dafür gewidmeten Grundstücken Einfamilienhäuser zu errichten.

Die freigewordenen Schrebergärten könnten langsam aufgelassen und in öffentliche Grünanlagen umgestaltet werden. Es könnten dadurch in Wohngebieten rund 2,303.767 Quadratmeter als Grünland gewonnen werden.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen auf diesem Gebiet ist die Frage der Standortfestlegung, wie sie ja auch in der Stadtplanung vorgesehen ist. Das Fehlen einer solchen Standortfestlegung hat bisher eine Menge unliebsamer Erscheinungen zur Folge. So fehlen bei verschiedenen Anlagen die nötigen Anschlüsse, vielfach gibt es nicht genügend Wasser für Löschzwecke usw. Man dürfe mit der Standortfestlegung nicht zu lange warten, sonst wären die in den Hoffnungsgebieten liegenden geeigneten Flächen verbaut oder für andere Zwecke in Verwendung. Der Redner richtet den dringenden Appell an die Verantwortlichen, diesen Fragenkomplex so rasch wie möglich zu klären, um sowohl dem Siedlungswillen unserer Bevölkerung als auch den neuzeitlichen städtebaulichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen. (Beifall bei SPÖ und Ö P.)

GR. Hahn (ÖVP) hebt einige besonders schwierige Umstände hervor, die in den letzten Jahren die Zahl der Wohnungssuchenden nicht kleiner sondern größer werden ließ. Da ist zunächst die große Zahl der Untermieter: besonders bei alleinstehenden alten Frauen könnte hier das Pensionistenheim einen Ausweg zeigen. Dann die große Zahl der jungen Ehepaare, die ebenfalls, weil die elterlichen Wohnungen so klein sind, auf die Untermiete angewiesen sind, und schließlich die zahlreichen Zuzüge aus den Bundesländern.

Der Redner kritisierte die Delogierungen aus den Eisenbahnerhäusern. Ein öffentliches Unternehmen trägt auf diese Weise dazu bei, die Schwierigkeiten auf dem Wohnungssektor zu vergrößern.

Ein ungelöstes Problem ist auch das der alten Hauswarte. Früher wurden jährlich wenigstens bis 200 Alte-Leute-Wohnungen gebaut; seit eineinhalb Jahren gibt es nicht einmal mehr das. Man müßte also für die alten Ehepaare wieder Zimmer-Küche-Wohnungen bauen. (Bürgermeister Jonas: Da könnte ich einen Zusammenhang herstellen zwischen den Wohnungen der Bundesbahn und den

Hausbesorgerwohnungen!) Der Redner hält dem entgegen, daß es sich bei der Bundesbahn um eine öffentliche Körperschaft handelt. Er wisse aber, daß von Seiten der Hausherrn in der Frage der alten Hausbesorger kein sehr großes Entgegenkommen besteht.

Als weitere Schwierigkeit führt GR. Hahn den berüchtigten Paragraphen 19 des Mietengesetzes an, der besagt, daß solche Häuser niedergerissen werden können, wenn mehr Wohnungen gebaut werden als derzeit vorhanden sind. Der Redner sieht einen Ausweg darin, den Altmietern Gemeindewohnungen zur Verfügung zu stellen, wenn sich die betreffende Baugenossenschaft bereit erklärt, die gleiche Zahl von vorgemerkten Wohnungswerbern in den Neubau aufzunehmen.

Der Redner kritisiert auch, daß die Zahl jener Wohnungen, die an Obdachlos-Werdende vergeben werden können, von Jahr zu Jahr geringer wird. Er spricht sich gegen die Wohnungen mit Zentralheizung aus, weil finanziell nicht Gutgestellte sich diese Wohnungen nicht leisten können. Es läuft eben darauf hinaus, wer mehr verdient und wer es sich leisten kann, hat eine schöne und moderne Wohnung, der andere nicht. Diesen Grundsatz habe aber die Sozialistische Partei bis heute nicht vertreten. Das sei ein echtes Dilemma, in dem sich die SPÖ befindet. (GR. Maria Hirschler, SPÖ: Sind das Ihre Sorgen, Herr Gemeinderat?)

Als sich dann GR. Hahn kritisch mit der Ausgestaltung der neuen städtischen Wohnungen auseinandersetzt, wird er an die Gemeindewohnungen erinnert, die seinerzeit unter Schmitz errichtet wurden.

Der Redner erklärt hierzu, er betrachte sich als Vertreter der jungen Generation der ÖVP. Zum Zeitpunkt der damaligen Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien war er gerade zehn Jahre alt. (Der Vorsitzende, GR. Fürstenhofer ermahnt, nachdem die Zwischenrufe immer heftiger werden, zur sachlichen Debatte.)

Der Debattenredner der ÖVP versucht sich dann Gehör zu verschaffen und erklärt, manche Leute treten einer Partei bei, um eben leichter zu einer Wohnung zu kommen; bei der Wahl wählen sie dann eben die Partei, die sie wollen. (Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: "Kommt das auch bei Prinke vor?"). Der Redner stellt dann grundsätzlich im Namen der ÖVP fest, daß es nicht die Aufgabe der Gemeinde Wien sein kann, überwiegend teure Wohnungen zu bauen. Dies stehe, sagt er, im Gegensatz zu den Ansichten des Bürgermeisters.

Er stellt dann an die SPÖ die Frage, ob sich ein Arbeiter oder Angestellter mit 2.500 Schilling Monatsgehalt eine C-Type in einem neuen Gemeindebau, das ist eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung für 880 Schilling Monatsmiete, leisten kann. Dies entspricht bereits einem Drittel seines Einkommens, während sich im übrigen die Mieten zwischen fünf und zehn Prozent bewegen. Er wisse zwar, sagt er, daß hier die Heizungskosten dabei sind. Aber vielleicht würde sich diese Familie im Winter mit der Beheizung nur eines Zimmers begnügen. Seiner Meinung nach wird die Zinsbildung in den im nächsten Jahr fertig werdenden Fertigteilwohnhäusern sehr interessant werden. Die Mieter werden seiner Ansicht nach keine besondere Freude haben, weil sie entlegen wohnen, mehr oder weniger ein Experiment finanzieren müssen und dann noch eine besondere Ausstattung kaufen müssen, weil die normale Einrichtung in den Wohnungen einfach keinen Platz hat. Er verweist darauf, daß 1958 die Mieteneinnahmen der Gemeinde Wien 74,5 Millionen Schilling betragen haben. Im Vorschlag 1963 sind dagegen 129,5 Millionen Schilling bei einem Zugang von 22.000 Wohnungen vorgesehen. Das sind Mehreinnahmen von 55 Millionen Schilling. Private Haushalten gut erhaltener Zinshäuser, meint er, müssen da vor Neid blaß werden. Seiner Ansicht nach sollte die Gemeinde Wien die Badezimmer nicht kacheln, weil sich das jeder selber nach individuellem Geschmack besorgen kann. So dient die bessere Ausstattung nur als Vorwand, um zu rentableren Zinsen zu kommen. Den Komfortwohnungsbau sollte man daher den Genossenschaften überlassen.

Zur Frage des Baurechtes stellt er fest, daß nicht nur in Österreich sondern in ganz Europa die Gemeindeverwaltungen daran gegangen sind, den Wohnbau und die Sanierung der Städte durch mittelbare Maßnahmen zu fördern, wozu auch die Bereitstellung erforderlichen Baulandes gehört. Die ÖVP lehnt die Bereitstellung eines Baurechtes durch die Gemeindeverwaltung nicht ab, sie stellt aber fest, daß sich die Gemeinde Wien hier doppelgesichtig zeigt. Sie stellt sich Baugründe selbst zur Errichtung von Wohnhäusern zur Verfügung oder überträgt sie an die ihr politisch genehmen Genossenschaften. Er setzt sich dann mit der Praxis bei der Vergabe von Baurechtsgründen auseinander:

563.000 Quadratmeter an Baurechtgründen wurden den sozialgemeinnützigen Wohnungsvereinigungen zur Verfügung gestellt, und zwar an Vereinigungen die der SPÖ nahestehen. 104.000 Quadratmeter erhielten die sogenannten "neutralen" oder überparteilichen Vereinigungen und nur 26.000 Quadratmeter bekamen Wohnungsvereinigungen, die sich zur ÖVP bekennen. Seiner Auffassung nach wäre es Aufgabe der Gemeinde Wien, für Kanalisation, Straßen und Beleuchtung zu sorgen und erst dann diese Baurechtsgründe, die ja naturgemäß mehr am Stadtrand liegen, wie etwa die erst vor kurzem erworbenen Draschegründe, an die Genossenschaften zu vergeben, und zwar halbwegs gerecht zu vergeben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hahn erhebt dann die Forderung nach Vereinheitlichung der diversen Fonds. Er wisse, sagte er, daß diese Angelegenheit auf Bundesebene gehört. Kein Mensch, vor allem aber die Jugend, die ja am meisten unter der Wohnungsnot leidet, könne es verstehen, wie es zu verschiedenen Baukostenanteilen und Tilgungszeiten bei gleichgearteten Häusern kommt.

Die ÖVP vertrete nicht einseitig die Interessen der Hausherren. Sie will nur den alten Hausbestand sichern und der jungen Generation einen klaren einheitlichen Weg aufzeigen. Der Idealzustand wäre erreicht, wenn man den Bausparer oder den Jugendsparer gleich von der Bank aus in eine entsprechende Genossenschaft, die bereits baut, hineinlenken könnte, wie dies in Klagenfurt der verstorbene ÖVP-Vizebürgermeister Scheuchert getan habe. Unsere Grundsätze sind: gerechte Vergabe des Baurechtes und Schaffung der Möglichkeit, nach einer angemessenen Zeit die Wohnung in das Eigentum der Mieter überzuführen. Die ÖVP ist bereit, jeden Weg sorgfältig zu prüfen, der eine rasche und gerechte Behebung der Wohnungsnot verspricht. (Beifall bei der ÖVP.) Sie ist einverstanden, daß die Gemeindeverwaltung Baugründe erwirbt, um sie einzelnen Bauwilligen und Wohnbauvereinigungen zu überlassen.

Auch der Österreichische Bundesjugendring habe sich mit dem Problem der Wohnungsnot befaßt und eine Stellungnahme ausgearbeitet. Darin wird die Verabschiedung eines wirksamen Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes verlangt. Im Jahre 1960

waren sich die Vertreter der Regierungsparteien bereits über ein Assanierungsgesetz einig. Das Sozialministerium hat diesen Entwurf plötzlich abgelehnt und sich mit einem anderen beschäftigt, der weitgehende Enteignungsmöglichkeiten vorsah. (Widerspruch bei der SPÖ.) Die Stellungnahme des Bundesjugendringes fordert weiter, daß die Gemeinden und Länder bestehendes Bauland für den Wohnungsbau aufschließen. Dieses Bauland sollte vor allem gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Der Wohnungsbau wäre auch mehr als bisher aus öffentlichen Mitteln zu fördern, wobei auch auf die Einkommensverhältnisse der Bewerber Rücksicht zu nehmen ist.

Die Mietzinse für die Wohnungen in Althäusern wären neu zu regeln bei Aufrechterhaltung eines Kündigungsschutzes. Die bisher im Jahr gewährte Mietenbeihilfe müßte an die Einkommensverhältnisse sowie an die Höhe des Mietzinses angepaßt werden.

GR. Windisch (SPÖ) nimmt zu den Ausführungen der Vorredner Stellung. Die Sozialisten haben beim Wohnungsanforderungsgesetz keinen Tausch gemacht, sondern dieses sei abgelaufen, weil die ÖVP im Ministerrat die Verlängerung abgelehnt habe. Über das Drängen des Wiener Erzbischofs sei es dann zur Schaffung des Neuvermietungsgesetzes gekommen.

Den Vertretern der SPÖ sei nicht bekannt, daß Verhandlungen über eine Erhöhung der Mietzinse zwischen ÖVP und SPÖ im Gange wären. Die zuständige Magistratsabteilung hat die Mietervereinigung schon vor Wochen von der beabsichtigten Erhöhung der Betriebskosten in den Gemeindehäusern von 60 Groschen auf 70 Groschen pro Quadratmeter und Monat in Kenntnis gesetzt. Die Mietervereinigung hat geprüft, ob alle Voraussetzungen gegeben sind.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Schmidt sei zu bemerken, daß es vor 1914 in Wien 110.000 Bettgeher gegeben hat. Es war ein Überfluß an Wohnungen vorhanden, aber die Arbeiter konnten es sich nicht leisten, eine Wohnung zu mieten.

Es wäre möglich, junge Ehepaare vorzumerken, aber die Vergrößerung der Zahl der Vormerkungen kann das Wohnungsproblem nicht lösen, wenn wir nicht das Recht haben, über freiwerdende Wohnungen in Privathäusern zu verfügen. Solange eine quantitative Wohnungsnot besteht, muß der Bund den Gemeinden das Recht geben, über freiwerdenden Wohnraum zu verfügen.

Die Zählung im Jahre 1961 hat ergeben, daß fast 70 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes mehr als 45 Jahre alt sind. Von den 361.500 Wohnungen sind 40 Prozent Kleinstwohnungen unter 35 Quadratmeter und 33 Prozent Kleinwohnungen zwischen 35 und 60 Quadratmeter. Dazu kommt die schlechte Ausstattung der Wohnungen. Dies sei die Ursache für die qualitative Wohnungsnot.

Zu den Ausführungen von GR. Hahn sei zu bemerken, daß der Bürgermeister seit Jahren in seinen Radioreden auf die triste Lage auf dem Wohnungssektor hinweist, an der auch die ÖVP schuld habe. (Zustimmung bei der SPÖ.) GR. Hahn habe bei der Besprechung der Ablösen jene vernachlässigt, die von den Mietern verlangt werden. Die SPÖ sei nicht damit einverstanden, daß Mieter Ablösen verlangen dürfen. Sie lehne grundsätzlich jede Ablöseforderung ab, soweit sie sich nicht auf getätigte Investitionen beziehe.

Wechselfälle aus Privathäusern könnten nicht so häufig durchgeführt werden wie die aus Gemeindewohnungen, weil die frei werdende Wohnung nicht zur Verfügung stehe, sondern vom Hausherrn verschachert wird.

Das Problem der alten Hausbesorger ist sehr schwierig. Der Redner habe dem Sozialminister vorgeschlagen, beim Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds für Wohnungen, die für alte Hausbesorger bestimmt sind, die Baukosten zu 100 Prozent zur Verfügung zu stellen. Unsere Sorge muß den Hausbesorgern genauso gelten wie allen anderen Menschen dieser Stadt, die unverschuldet in eine Notlage gekommen sind.

Wenn die ÖVP erklärt, sie betrachte den Wohnungsbau vom sozialen Standpunkt, dann habe sie von den Sozialisten im letzten Jahrzehnt viel gelernt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds sei am sturen Widerstand der ÖVP im Parlament gescheitert. Der Finanzstadtrat, Vizebürgermeister Slavik, habe aber trotzdem der Wiener Bevölkerung über eine halbe Milliarde Schilling für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Die Wohnung sei ein Kulturerfordernis und müsse daher entsprechend ausgestattet werden. Dazu gehöre auch ein Badezimmer und ein Gasherd.

Es treffe nicht zu, daß Sozialisten bei der Zuteilung einer Genossenschaftswohnung bevorzugt werden. Die jungen Menschen, die eine Wohnung bekommen haben, seien aber bereit, der Partei beizutreten, weil sie sehen, daß die Sozialisten es besser machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Wohnungsnot sei kein Wiener Problem, sie trete in allen Großstädten Westeuropas auf, auch in dem von einem ÖVP-Bürgermeister verwalteten Innsbruck.

Was wir brauchen, sind mehr Wohnungen, mehr moderne Wohnungen auch für die mit materiellen Gütern nicht gesegneten Mitbürger unserer Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Lauscher (KLS) bezeichnet die Wohnungsfrage als das brennendste Problem unserer Stadt. Zu seiner Lösung werde jedoch kaum beitragen, wenn die Sozialisten und die Vertreter der Volkspartei sich gegenseitig die Schuld an den Zuständen auf dem Wohnungssektor in die Schuhe schieben. Die ÖVP bekennt sich auch auf dem Wohnungssektor zu den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft und lehnt soziale und demokratische Lösungen ab. Die Sozialistische Partei, die die Mehrheit der Arbeiterstimmen auf sich vereinigt, versäumt es aber, ihrem Koalitionspartner gegenüber auf die Durchsetzung der notwendigen Gesetze zu dringen. Der Redner stellt ein Sechs-Punkte-Programm auf, das zur Lösung der Wohnungsnot beitragen könnte. Die sechs Punkte verlangen ein Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetz, die Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes der Gemeinden, die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds, den Bau von mehr Gemeindewohnungen mit sozialen und erschwinglichen Zinsen, eine gerechte Verteilung des Wohnraumes nach der Bedürftigkeit und unter öffentlicher Kontrolle und einen gesetzlichen Schutz auch der Untermieter gegen den Zinswucher.

Alle diese Maßnahmen wären notwendig, um die zehntausende freistehenden Wohnungen den Bedürftigen zuweisen zu können und die Wucherablösen sowie die hohen Zinse nach Hausreparaturen in Althäusern zu verhindern.

Die Gemeinde Wien baut heute weniger Wohnungen als vor Jahren viele davon leider mit zu hohem Zins, der für eine große Zahl und von Arbeitern und Angestellten nicht erschwinglich ist. Die Sozialisten nehmen hier leider keinen sozialen Standpunkt ein. Sicherlich gibt es viele Leute, die auch teure Wohnungen mieten, aber die Mehrheit muß abseits stehen. Die von der Gemeinde Wien errichteten Wohnungen müßten unter einer gewissen Kontrolle an die dringendsten Fälle vergeben werden. Die Sozialisten mögen einen Vorschlag machen, nach welchen Grundsätzen man eine solche Kontrolle schaffen könnte. Anscheinend lehnen sie eine derartige demokratische Maßnahme aber ab. Der Redner kommt nochmals auf die sechs Punkte zu sprechen, die zur Lösung des Wohnungsproblem es beitragen würden. Die Vertreter der ÖVP und der SPÖ werden nicht darüber hinwegkommen, daß sie die Verantwortung für die Zustände auf dem Wohnungssektor tragen. Die Kommunisten und Linkssozialisten sehen ihre Aufgabe darin, die verschiedenen Möglichkeiten zur Lösung des Wohnungsproblem es aufgezeigt zu haben.

Stadtrat Glaserer erklärt in seinem Schlußwort, daß Wien vor dem ersten Weltkrieg rund zwei Millionen Einwohner hatte. Heute haben wir um rund 350.000 Menschen weniger, aber um 200.000 Wohnungen mehr. Trotzdem reden wir immer von Wohnungsnot. Jede Großstadt der Welt leidet heute daran in einem gewissen Ausmaß. In Wien ist die Wohnungsnot verhältnismäßig gering und könnte bei entsprechenden gesetzlichen Regelungen überhaupt aus der Welt geschafft werden. Der Wohnraum an sich wäre in unserer Stadt ausreichend, um Obdachlosigkeit fast zu vermeiden. Wenn jedoch die Aufnahmefähigkeit einer Stadt vorhanden ist, wird auch der Zuzug größer. Unser heutiger Notstand beruht auf dem Substanzverlust einerseits und aus der großen Wanderbewegung zwischen Wien und den Bundesländern andererseits.

Man kann den akuten Notstand beseitigen, aber man kann nicht die Sünden von Jahrzehnten in kürzester Zeit überwinden. Unser qualitativer Notstand ist das Problem Nummer eins.

Der Referent verwahrt sich auch gegen den Ausdruck "zins-teure" Wohnungen. Der Mietzins wird in den zentralgeheizten Wohnungen genauso berechnet wie in den anderen Wohnungen.

Wenn gesagt wird, ein privater Hausherr müsse vor Neid platzen, wenn er diese Mietzinse sieht, so stimmt dies auch nicht. Eine Wohnung in dieser Qualität ist ja auch wo anders keine Ein-Schilling-Wohnung. Es ist eine "Mezzie", wenn man eine solche Wohnung um 100.000 Schilling Ablöse erhält. Um dieses Geld kann einer bei uns zehn Jahre umsonst wohnen, einschließlich der Heizung.

Die Betriebskosten: wir haben ein Pauschale eingeführt, das den Gemeindemieter wesentlich niedrigere Sätze sichert als anderswo. Es kann aber niemandem in diesem Haus geben, der dafür eintritt, daß die übrigen Steuerzahler den Gemeindemieter die Betriebskosten zahlen. Deshalb muß es auch klar sein, daß die Betriebskosten erhöht werden können.

Stadtrat Gläserer versichert auch, daß es keine Gemeindemieter gibt, die zwei Wohnungen haben. Auf dem privaten Sektor kann sich allerdings jeder zwei oder mehrere Wohnungen kaufen. Auch der Vorwurf wegen der leerstehenden Wohnungen ist an die falsche Adresse gerichtet.

Alte Hausbesorger: wir haben einige tausend von ihnen bereits untergebracht.

Zu den Fragen des FPÖ-Redners versichert der Referent nochmals, daß es seines Wissens keine Hauptmieter bei der Gemeinde gibt, die zwei Wohnungen haben. Unterbelegte Wohnungen gibt es bei der Gemeinde ungefähr im gleichen Ausmaß wie auf dem privaten Sektor, aber das können wir nicht verhindern.

Es wird jedenfalls das beste Konzept bleiben, die vordringlichen Dinge zunächst zu erledigen, Einsturzfälle, Fälle bei Assanierung und die Körperbehinderten. Eine Veröffentlichung im Amtsklatt müsse er ablehnen. Es ist unmöglich, jene Leute im Amtsblatt kenntlich zu machen, die zum Beispiel wegen Tbc eine Wohnung bekommen haben. Wenn aber gesagt wird, er berichte nicht der Öffentlichkeit, so ist das falsch. Er benütze jede Budgetdebatte, um die genauen Zahlen der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Zum Thema Protektion erklärte Stadtrat Gläserer: Sie wissen es wie ich, solange es eine Wohnungsnot in dieser Stadt gibt, solange wird es Wohnungsbetrüger geben, wird es Menschen geben,

die die Not der anderen ausnützen. (Zu den Gemeinderäten gewendet) Sie tragen gewaltig dazu bei, durch Ihr ununterbrochenes Reden von Protektion. Das muß natürlich bei den einfachen Menschen das Gefühl erwecken, wenn man entsprechend schmiert, kann man zu einer Wohnung kommen.

Was die Vergebung der Wohnungen betrifft: eine vollkommene Gerechtigkeit gibt es nicht. Aber ich kann versichern, daß wir sehr bemüht sind, möglichst gerecht vorzugehen.

Abschließend ersucht der Referent nochmals, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben. (Beifall bei SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Voranschlages der Geschäftsgruppe IX mit Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, den 19. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent: Stadtrat Bauer (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Wiens Stadtväter überbringen Weihnachtsgrüße

=====

18. Dezember (RK) Für die Patienten der städtischen Spitäler sowie für die Pfleglinge und Zöglinge der Wohlfahrtsanstalten werden wie alljährlich auch heuer wieder Weihnachtsfeiern in den einzelnen Anstalten abgehalten.

Bürgermeister Jonas nahm heute nachmittag gemeinsam mit Mitgliedern des Stadtsenates und des Gemeinderates in der Strahlentherapie des Lainzer Krankenhauses sowie in einigen Pavillons des Altersheimes Lainz an Weihnachtsfeiern teil. Mittwoch und Donnerstag wird Vizebürgermeister Slavik den Weihnachtsfeiern im Allgemeinen Krankenhaus beiwohnen.

Der Bürgermeister, die beiden Vizebürgermeister, die Stadträte, Gemeinderäte und Bezirksvorsteher werden bis Samstag unterwegs sein, um allen jungen und alten Wienern, die Weihnachten und das Neujahrsfest nicht im Kreise ihrer Familie feiern können, die Glückwünsche der Stadtverwaltung zu überbringen.

- - -

Neue Förderungsbeiträge der Wiener Landesregierung

=====

18. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Mandl genehmigte heute die Wiener Landesregierung mehrere Förderungsbeiträge für kulturelle Zwecke.

Julia Anita Babeluk erhält zur Fertigstellung eines 16-Millimeter-Farbfilmes über die Türkei 20.000 Schilling. Frau Babeluk macht seit Jahren Studienreisen in die Türkei. Sie lernte dabei nicht nur die landschaftlichen und kulturellen Schönheiten, sondern auch die wirtschaftlichen und politischen Probleme kennen und verwertete ihre Studien immer wieder für die Volksbildung.

Der Kulturfilmproduzent Dr. Max Zehenthofer erhält für die Herstellung eines Filmes über die Vorgeschichte der Alpen- und Donauländer ebenfalls 20.000 Schilling.

Der "Alfred Cossmann-Gesellschaft" in Wien wurde zur Durchführung ihrer kulturellen Tätigkeit durch Verbreitung der Kunst des Kupferstechens ein Förderungsbeitrag von 5.000 Schilling zugesprochen.

Ebenfalls 5.000 Schilling erhält die Arbeitsgemeinschaft der Kirchenmusikkommissionen für den Aufbau eines Archives österreichischer Kirchenmusik-Kurse.

- - - -

Schweinehauptmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: Polen 35. Neuzufuhren Inland: 8.957, Polen 2.185, Bulgarien 635, Rumänien 674, Ungarn 1.191. Gesamtauftrieb: 13.677. Verkauft wurden 13.617, unverkauft blieben: Inland 40, Polen 20.

Preise: extrem 14.80 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.70 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 12.70 bis 13.50 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, Zuchten extrem 12.80 S. Altschneider 9.50 bis 10 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13 bis 14 S, Bulgarien 12.40 bis 13.40 S, Rumänien 13 bis 14 S, Ungarn 12.70 bis 14 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um vier Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.84 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um zwei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.44 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 227 Stück, hievon 20 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 187 Stück, als Nutztiere 30 Stück verkauft, unverkauft blieben 10 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Burgenland 38, Tirol 7, Niederösterreich 99, Steiermark 14, Salzburg 5, Oberösterreich 45, Kärnten 17.

Preise: Schlachttiere Fohlen 11.50 bis 14.30 S, extrem 7.50 bis 8.60 S, Pferde 1. Qualität 6.80 bis 7.40 S, 2. Qualität 6.20 bis 6.70 S, 3. Qualität 5 bis 6.10 S, Nutztiere Fohlen 13. bis 13.50 S, Pferde 5.90 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 36 Stück aus Bulgarien, 5 bis 6.80 S, 16 Stück aus der CSSR, 5.70 bis 7.20 S, 108 Stück aus Rumänien, 5 bis 7 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um sechs Groschen und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um 1.07 Schilling. Er beträgt: für Schlachtpferde 6.89 S, für Schlachtfohlen 12.73 S, für Schlacht- und Nutzpferde 6.96, für Pferde und Fohlen 7.46 S.

- - -